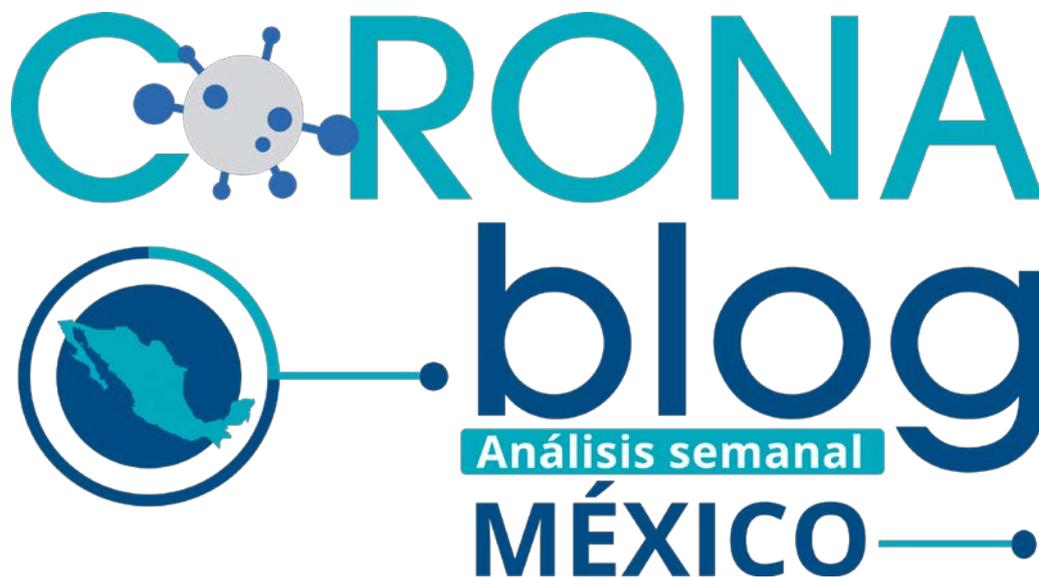


September 2020

# Länderbericht

Auslandsbüro Mexiko

KONRAD  
ADENAUER  
STIFTUNG



## Monatsrückblick September 2020

*Ann-Kathrin Beck, Hans-Hartwig Blomeier*

Der „Corona Blog“ der Konrad-Adenauer-Stiftung in Mexiko erscheint in spanischer Fassung in wöchentlicher Auflage. Die Originalbeiträge werden von Natalia Arriaga, Patricio Garza, Jatziry Herrera, Ilse Reyes, Luis Téllez und Eduardo Walsh verfasst, und analysieren die Ereignisse im Kontext der COVID-19-Pandemie in Mexiko. Sie finden den wöchentlichen Blog mit allen Quellenangaben (<https://www.kas.de/es/web/mexiko/corona-blog-méxico>).

### Überblick

	Bestätigte Fälle	Verdachtsfälle	Todesfälle
1. September 2020	606.036	77.129	65.241
30. September 2020	743.216	319.871	77.646

Der Monat begann mit dem **zweiten jährlichen Regierungsbericht** des Präsidenten Andrés Manuel López Obrador (AMLO), der vor nahezu leeren Reihen im Nationalpalast vorgetragen wurde. Die geringe Teilnehmerzahl ist aufgrund der anhaltenden Gesundheitskrise im Land nachvollziehbar, die täglichen Fallzahlen sanken nur minimal, deshalb ist weiterhin Vorsicht geboten. Der Präsident verkündete „vamos bien“ (es läuft gut), 95 von 100 Regierungsversprechen – von der Bekämpfung von Korruption und Unsicherheit im Land, über die Erhöhung von Sozialleistungen bis hin zur Verbesserung des Gesundheitssystems – hätte man schon abgearbeitet, auch Corona habe man vorbildlich im Griff.

Doch der Inhalt der Regierungserklärung stieß auf breite Kritik. Zahlen und Fakten zeigen, dass **Mexiko sich in einer vielfältigen Krise befindet**: Die mexikanische Wirtschaft schrumpft weiterhin, Investitionen stagnieren, Millionen von Mexikanern sind in den letzten

Monaten unter die Armutsgrenze gefallen, 45% der schulpflichtigen Kinder und Jugendlichen haben derzeit keinen Zugang zu Bildung und die medizinische Versorgung ist nach wie vor nicht für alle Bevölkerungsschichten zugänglich. Auch Themen wie die steigende Gewalt gegen Frauen, die angespannte Beziehung zu den USA, die Korruptionsvorwürfe der vorangegangenen Monate und die erneuten Personalwechsel in seinem Kabinett, erwähnte der Präsident nicht.

## Kommunikation

Das Selbstvertrauen, das AMLO in der Regierungserklärung ausstrahlte, war bemerkenswert: Auch im Vergleich zu anderen, prinzipiell besser ausgestatteten Ländern, **müsse sich Mexikos Gesundheitssystem nicht verstecken**. Er ging sogar soweit, sich bei anderen amerikanischen Ländern zu entschuldigen, die höhere pro-Kopf-Todeszahlen durch Corona zu verzeichnen haben als Mexiko.

Während in den ersten 200 Tagen nach der Entdeckung des neuartigen Coronavirus vor allem die Abwesenheit von Maßnahmen der Regierung und die wirtschaftliche Krise die Schlagzeilen in Mexiko dominierten, ist ein Anstieg der Berichterstattung über **mögliche Impfungen** zu verzeichnen, diese werden als Hoffnungsschimmer am Horizont wahrgenommen. Laut dem Umfrageinstitut Mitkofsky gehen 61% der Mexikaner davon aus, dass bereits im ersten Quartal 2021 eine Impfung zur Verfügung stehen wird. Dies ist auch die Hoffnung des Präsidenten.

Als AstraZeneca am 8. September kurzzeitig wegen ungeklärter Erkrankungen von Probanden die klinischen Tests aussetzte, versetzte dies auch die Länder in Aufruhr, die auf die bis dahin aussichtsreichste Impfung gesetzt hatten. Doch der mexikanische Außenminister verkündete schnell, man sei auch in andere Projekte involviert, die weiterhin voranschritten. Auch der Präsident selber zögerte nicht, dies zu betonen und versicherte, die Mexikaner könnten „eher früher als später“ mit **Zugang zu einer Impfung** rechnen.

Am 15. September bot sich ein ungewohntes Bild, das die politische Nachricht vermittelte, dass man den Virus doch ernst nimmt. Um Mitternacht wird traditionell der **Tag der Unabhängigkeit** mit dem „Grito de la Independencia“ (Schrei der Unabhängigkeit) eingeleitet. Während sich zu diesem Spektakel im vergangenen Jahr noch 130.000 Mexikaner im historischen Zentrum von Mexiko-Stadt versammelten, rief der Präsident in diesem Jahr allein von seiner Ehefrau begleitet die Unabhängigkeit aus.

## Bundespolitik

Der Finanzminister berichtete, dass bisher 59.199.000.000 MXN für die Krise ausgegeben worden seien, wovon 35.000.000 MXN direkt vom Bund gezahlt worden wären (ca. 1,3 Milliarden EUR; das Hilfspaket der deutschen Bundesregierung im Mai 2020 betrug 353,3 Milliarden EUR). Neben einigen Sozialhilfen, die direkt an Klein- und Kleinstunternehmer gingen, sind die **Unterstützungsmaßnahmen der mexikanischen Regierung sehr geringfügig**. Auch die versprochenen Investitionen in den Gesundheitssektor blieben bisher aus. Stattdessen meiden viele Mexikaner weiterhin die Krankenhäuser, selbst im Falle von schwerwiegenderen Corona-Verläufen. Auch die Testdichte in Mexiko bleibt niedrig, pro 100.000 Einwohner werden nur circa 3 Tests durchgeführt.

Am 5. September **begann die offizielle Wahlkampfphase in den Bundestaaten Coahuila und Hidalgo**. Am 18. Oktober werden in Hidalgo 84 Bürgermeisterämter gewählt, in Coahuila 25 Abgeordnete für das lokale Parlament. Mehr als 4 Millionen Mexikaner sind dort wahlberechtigt. Die Aktivitäten der Kandidaten unterliegen dabei strengen Hygienevorschriften. Zwei Kandidaten, die positiv auf COVID-19 getestet wurden, begaben sich bereits in die Isolation.

Die **vorbereitenden Prozesse für das Superwahljahr 2021** begannen ebenfalls am 7. September. Auch ohne die erschwerten Bedingungen durch COVID-19 sind diese eine Mammutaufgabe für das Nationale Wahlinstitut INE: da die Wahlzyklen angeglichen wurden, werden insgesamt Posten von 500 nationalen Abgeordnete, 15 Gouverneuren, 1.063 lokalen Abgeordneten und 1.927 Bürgermeisterämtern neu besetzt werden. Für Aufsehen sorgte, dass das INE „**México Libre**“, einer politischen Bewegung von Ex-Panista Margarita Zavala und ihrem Ehemann und Ex-Präsident Felipe Calderón, aufgrund nicht-zuordenbarer Spenden die Registrierung als Partei verwehrte. Ohne Parteistatus können keine Kandidaten für die Wahl 2021 gestellt werden; doch México Libre hat die Entscheidung gerichtlich angefochten.

Bei der größten Oppositionspartei PAN gründeten 15 Ex-Gouverneure die Initiative „Unidos por México“ und verkündeten öffentlich, gemeinsam **mit der PAN in den Wahlkampf** zu ziehen. Auch Ricardo Anaya, der 2018 Präsidentschaftskandidat der Partei war, sich danach aber komplett aus dem öffentlichen Leben zurückzog, verkündete in einer Videobotschaft, er werde in die mexikanische Politik zurückkehren. Wie genau ist aber noch unklar.

Außerhalb der Institutionen wird der Unmut mit der aktuellen Regierung ebenfalls lauter. Die Gruppierung „Frente Nacional AntiAmló“ (FRENAAA, Nationale Front Anti-AMLO) veranstaltete am 19. September einen **Protestmarsch Richtung Zócalo**. Die geplante Sitzdemonstration erreichte allerdings erst Tage später, nachdem die Regierung der Stadt Mexiko diese genehmigt hatte, ihr Ziel.

Bezeichnenderweise gab der **Leiter des Instituts für Rückgabe des Gestohlenen an das Volk (INDEP), Jaime Cárdenas, seinen Rücktritt** bekannt, wegen Unregelmäßigkeiten im eigenen Hause. Ähnlich wie andere Mandatsträger, die in den letzten Monaten zurückgetreten sind, gab er Differenzen mit dem Leitungsstab des Präsidenten, Korruption in der Institution und generelle Handlungsunfähigkeit, da kein Budget zur Verfügung steht, als Gründe für seinen Rücktritt an.

Das Parlament hat inzwischen wieder seine Arbeit aufgenommen. Die Diskussion um den „Ingreso Básico Universal“, eine Form des **universellen Grundeinkommens** nahm dort neue Fahrt auf. Das Thema wurde bereits Anfang des Jahres angesprochen; jetzt soll mit der Rückendeckung der PAN-Fraktion im Senat und von 13 weiteren Senatoren unterschiedlicher Parteien eine Volksbefragung dazu stattfinden.

## Bundesstaaten und Kommunen

Die **COVID19-Lage entspannt sich – zumindest was die offiziellen Zahlen angeht** – zusehends. Anfang September konnten die ersten Bundesstaaten im Ampelsystem von orange zu gelb übergehen. Am 30. September sind es insgesamt schon 16 Bundesstaaten, 15 bleiben weiterhin im orangenen Bereich; der Bundesstaat Campeche ist der erste, der in die grüne Phase übergeht.

Der **Konflikt zwischen Gouverneuren der Bundesstaaten und der Bundesregierung** spitzt sich weiter zu und in Hinblick auf die Wahlen 2021 wird der **politische Ton schärfer**. Immer mehr Gouverneure kritisieren regelmäßig öffentlich die Bundesregierung. Hier hat sich insbesondere **die Alianza Federalista<sup>1</sup> hervorgetan**, die inzwischen die nationale Vereinigung der Gouverneure (CONAGO) verlassen hat.

Größter Konfliktpunkt in der föderalen Struktur bleibt weiterhin der Haushalt. Die Bundesregierung hat bereits angekündigt, dass die Bundesstaaten und Kommunen im **Bundshaushalt 2021** ca. 108.000.000.000 MXN (ca. 4 Milliarden EUR) weniger zur

---

<sup>1</sup> Aguascalientes (PAN), Chihuahua (PAN), Coahuila (PRI), Colima (PRI), Durango (PAN), Guanajuato (PAN), Jalisco (Movimiento Ciudadano), Michoacán (PRD), Nuevo León (unabhängig) und Tamaulipas (PAN)

Verfügung haben werden. Dies ist ein schwerer Schlag, da doch absehbar ist, dass für die Ausgleichung der Krisenfolgen und die wirtschaftliche Wiederankurbelung zusätzliche Gelder vonnöten sein werden. Der Budgetvorschlag liegt nun im mexikanischen Parlament und muss von den nationalen Abgeordneten verabschiedet werden.

Die Gouverneure der Alianza Federalista trafen sich deshalb mit dem Finanzminister und präsentierten **Alternativen zu den Budgetkürzungen**. Vorgeschlagen wurden die Schaffung eines Stabilitätsfonds um die angekündigten Einsparungen zu verwalten, ein strategischer Fonds für lokale Infrastruktur sowie die Erstellung klarerer Kriterien für die Vergabe finanzieller Mittel und die fixe Festlegung von Haushaltslinien (zum Beispiel für Sicherheit und Bildung).

Die Innenministerin, Olga Sánchez, sprach sich vor der reduzierten Anzahl an Gouverneuren in der CONAGO erneut für den Dialog aus und mahnte zur Einheit an. Ihr Ministerium schlug auch vor, die Bundesstaaten könnten eigene Einnahmen durch **Korruptionsbekämpfung in den Bundesstaaten** generieren. Außerdem rief AMLO zu mehr Eigenverantwortung der Bundesstaaten auf und mahnte an, nicht die Bundesregierung für alles verantwortlich zu machen.

Darüber hinaus intensivierte sich ein bereits seit längerem schwelender **Konflikt zwischen dem Bundesstaat Chihuahua und der Bundesregierung**. Im Rahmen eines internationalen Abkommens verpflichteten sich Mexiko und die USA 1944 zum regelmäßigen Austausch von Wasser an den gemeinsamen Flüssen Rio Colorado und Rio Bravo, letzterer grenzt Chihuahua von den USA ab. Angesichts mehrerer Trockenperioden und Protesten von lokalen Bauern, weigerte sich Gouverneur Corral dieses Jahr jedoch, das Wasser aus Chihuahuas Staudamm „La Boquilla“, zur Verfügung zu stellen, da es lokal zur Bewässerung gebraucht werde und die Bauern von Chihuahua nicht für Verträge und Verpflichtungen auf nationaler Ebene bestraft werden könnten. Präsident AMLO sandte erst die Guardia Nacional an den Staudamm, zog sie dann aber wieder ab und warnte davor, den Konflikt im Hinblick auf die anstehenden Wahlen zu instrumentalisieren. Corral hingegen sagte, es sei der Präsident, der den Konflikt politisiere und den Dialog verweigere.

Die Gouverneure mit den **besten Umfragewerten** derzeit kommen aus Yucatán (PAN), Ciudad De México (Morena) und Sinaloa (PRI); sie erreichen jeweils mehr als 60% Zustimmung.

## Rechtsstaat und Menschenrechte

Der Vorsitzende des Obersten Gerichtshofes (SCJN) gab an, dass von Juni bis Ende August 2020 1.600 Fälle virtuell verhandelt worden seien. Dadurch sieht er **Mexikos Justiz als Vorreiter im Bereich digitale Arbeit**. Dennoch räumte auch der Oberste Gerichtshof ein, dass eine weitere Reform des mexikanischen Justizsystems notwendig sei. Die Umstellungen seien nicht problemlos verlaufen, was auch der Senat der Republik bestätigte.

Insgesamt verzeichnet die Nationale Kommission zur Verhinderung von **Diskriminierung (CONAPRED) 426 COVID-19-bezogene Beschwerden**. Insbesondere Mitarbeiter des Gesundheitssektors, als auch Senioren und der Privatsektor (z.B. Supermärkte) haben sich beschwert. Doch die anstehenden Budgetkürzungen werden auch die CONAPRED treffen. Für 2021 sind 14,6% weniger Gelder vorgesehen.

Die Budgetkürzungen werden ebenfalls viele Institutionen, Programme und Projekte treffen, die sich für den Schutz von Frauen einsetzen. Und das obwohl das Nationale Statistikinstitut (INEGI) bestätigt, dass sich der **ökonomische und soziale Druck auf Frauen** in Mexiko in überproportionalem Maße erhöht hat und sowohl Gewalttaten als auch Tötungsdelikte an Frauen während der Krise spürbar gestiegen sind.

Sozioökonomische Ungleichheiten fallen auch bei Corona voll ins Gewicht. Die Weltgesundheitsorganisation mahnte **die großen Unterschiede bei den Sterblichkeitsraten zwischen reich und arm** an. Personen, die unterhalb der Armutsgrenze leben, haben laut WHO eine 50% höheres Risiko zu sterben. Dies wird von Daten der Agencia Reforma gestützt, die besagen, dass die nationale Sterberate bei 10,7% liegt, in den ärmsten Kommunen mit den höchsten Anteilen an marginalisierten Gruppen sogar bei 17%. Den höchsten Wert hat Ajalpan, Puebla mit 34,8%.

Die Organisationen México Justo und Centro Latinoamericano de Derechos Humanos sandten eine formelle Anfrage an die Interamerikanische Menschenrechtskommission (CIDH) um überprüfen zu lassen, ob die mexikanische Regierung tatsächlich aktiv den **Zugang zu Informationen** in Bezug auf COVID-19 verhindert hat. Die Organisationen sehen schwere Verletzungen gegen die Meinungsfreiheit und internationale Standards. México Justo legte zeitgleich bei der Nationalen Kommission für Menschenrechte (CNDH) Beschwerde wegen **Missmanagement der Gesundheitskrise** ein. Die Bundesregierung habe die Verfassung verletzt und López-Gatell sollte das Amt entzogen werden.

Mexiko hat Risikogruppen ganz unterschiedlicher Natur. In keinem anderen Land in Amerika erkranken so viele **Schwangere** an COVID-19. Von den 458 schwangeren Corona-Toten in Amerika, entfallen 140 auf Mexiko. In den **Gefängnissen** verbessert sich die Lage nicht. 2.444 Infektions- und 280 Todesfälle wurden im September verzeichnet. Das ist nochmal ein bedeutender Anstieg zum Vormonat (1950 Infizierte und 178 Tote) Strategien und Reaktionen von der Regierung gab es dazu nicht, auch das Amnestiegesetz zur Entlastung der Gefängnisse wurde noch nicht implementiert.

## Wirtschaft

Ende September hat die mexikanische Zentralbank BANXICO den **Leitzins auf 4,25% gesenkt**, dieser fällt somit auf den niedrigsten Wert seit August 2016, der Abwärtstrend begann im August 2019. Der Mexikanische Peso, der zuvor wieder etwas an Wert gewonnen hatte, fiel erneut und lag zum 30. September bei 26,09 MXN pro EUR. Insgesamt verzeichnet die mexikanische Währung im Kontext der weltweiten ökonomischen Turbulenzen eine bemerkenswerte Stabilität. Er unterlag in den vergangenen Wochen und Monaten gewissen Schwankungen, konnte sich aber auch nach den sukzessiven Zinskorrekturen der Zentralbank immer wieder erholen und hat im Jahresverlauf trotz der durchaus düsteren Wirtschaftsprognosen für 2020 kaum an Wert eingebüßt. Das liegt vor allem an der Tatsache, dass das Zinsniveau in Mexiko im internationalen Vergleich immer noch hoch ist und von daher für Anleger eine interessante Option darstellt. Dies wird den Peso vorläufig auch weiter stützen.

Das **BIP hingegen sinkt weiterhin**, was in niedrigeren Staatseinnahmen resultiert. Zwischen Mai und Juli fielen diese bereits um 4,7%, gleichzeitig stiegen die Staatsausgaben um 2,4%. Für 2020 wird das höchste Haushaltsdefizit seit 1990 erwartet. Experten sprechen vom schlimmsten Wirtschaftseinbruch seit 1932.

Im Gegensatz dazu **erwartet das Finanzministerium für 2021 ein Wachstum von 4,6%**, wie Finanzminister Arturo Herrera im Wirtschaftspaket 2021 ankündigte. Auch in Bezug auf den Wechselkurs und die Ölpreise ist er optimistisch. Das Finanzministerium gab bereits vor der Vorstellung des Haushalts für 2021 bekannt, dass man die Steuern nicht erheben, lediglich an die Inflation anpassen wolle.

Aus der BANXICO gibt es allerdings Hochrechnungen, die vorhersagen, dass die Wirtschaft auch 2021 noch weiter fallen wird. Falls man eine **mögliche Erholung der Wirtschaft** innerhalb von zwei Jahren anstrebe, müssten Regierung und Privatsektor aber in einer Weise investieren und zusammenarbeiten, die ein jährliches Wachstum von 6,8% ermöglicht,

ansonsten könnte sich der Erholungsprozess bis zum Ende von AMLOs Amtszeit oder sogar darüber hinaus hinziehen.

Angesichts der Haushaltsplanungen der Bundesregierung, **zeigt sich der Privatsektor besorgt**. Mehrere Unternehmerverbände schlugen vor, ein Gesetz zur wirtschaftlichen Reaktivierung im Senat einzubringen, um auf entsprechende Politikprogramme einzuwirken. Außerdem bleibt die Sorge vor einer zweiten Coronawelle mit strengen Auflagen und Schließungen. Die Industriekammer CONCAMIN geht davon aus, dass viele Unternehmen einen zweiten Produktionsstopp nicht überleben werden.

Als Gabriel Yorio, Staatssekretär im Finanzministerium, andeutete, dass im Falle einer zweiten Welle öffentliche Verschuldung nun doch in Frage kommen könnte, wies der Staatspräsident dies öffentlich und entschieden zurück. Trotz der besorgniserregenden Zahlen behauptete er, die Arbeitslosigkeit würde bereits sinken und die **Rückzahlungen von inzwischen 37 Millionen Mexikanern im Ausland** würden die Situation im Land abmildern.

Stattdessen soll der **strenge Sparkurs der Regierung** fortgesetzt werden. Neben den bereits erwähnten Budgetkürzungen, sollen insgesamt 109 weitere föderale Treuhandfonds (fideicomisos) in den Bereichen Technologie & Bildung, Menschenrechtsschutz und Schutz von Journalisten aufgelöst und weitere Einsparungen in zahlreichen Ministerien vorgenommen werden. Bereits jetzt mussten Finanzministerium, die Präsidentschaftsverwaltung (entspricht dem Bundeskanzleramt) und das Arbeitsministerium bis zu 10% Kürzungen hinnehmen. Doch nicht überall wird gespart; das Verteidigungsministerium, das Landwirtschaftsministerium und das Tourismusministerium bekommen mehr Gelder.

Derweil **gehen die Mexikaner an ihr Erspartes**, seit Januar wurden mehr als 12.000.000.000 MXN (entspricht 460 Millionen EUR) von der mexikanischen Rentenkasse abgehoben. Die getätigten Sonderabhebungen dürfen nur einmal alle 5 Jahre getätigt werden.

## Internationale Beziehungen

Zentrales Thema bleiben die **Rechte von mexikanischen Arbeitern im nordamerikanischen Ausland**. Das Außenministerium unterstützt weiterhin bei der Rückführung von Urnen verstorbener Mexikaner aus den USA. Außerdem setzt es sich für bessere Arbeitsbedingungen in Kanada ein. In der besonders stark betroffenen Region von Ontario, Kanada sind bereits mehrere Mexikaner, die zuvor unter extrem prekären Bedingungen gearbeitet hatten, an Corona verstorben. Die Beschränkung der Grenzübergänge zwischen USA und Mexiko auf dem Landweg wurden erneut verlängert.

Hinsichtlich Migrationsfragen steht fest, dass derzeit mehr Mexikaner aus den USA nach Mexiko zurückkehren, als auswandern. Mittelfristig wird aber auch die soziale und wirtschaftliche Re-Integration eine enorme Herausforderung sein. An der südlichen Grenze wurde hingegen mit Sorge das Näherkommen einer Migranten-karawane aus Zentralamerika beobachtet, die erste seit Beginn der Coronakrise.

Auch wenn Mexiko den **Tourismus** weiter öffnet, liegen die Werte weit unter denen der Vorjahre. Im Juli waren 67% weniger ausländische Touristen im Land als im gleichen Monat im Vorjahr.

Der mexikanische Ex-Präsident Ernesto Zedillo wurde als Teilnehmer in eine unabhängige Gruppe berufen, die die Reaktion der WHO auf die Pandemie überprüfen soll. Diese Aufgabe teilt er unter anderem mit dem ehemaligen britischen Außenminister David Miliband. Außerdem wurde Mexiko dazu eingeladen, im Lenkungscommittee der Initiative der WHO zur **Beschleunigung von Entwicklung, Produktion und gleichmäßiger Verteilung von**

**Gesundheitstechnologien** im Kampf gegen COVID-19 ernannt. Mexiko hatte sich bereits früh in der Krise bei der VN für einen fairen Zugang zu Medikamenten und Sanitärartikeln stark gemacht.

AMLOs **Videobotschaft zum 75. Geburtstag der Vereinten Nationen (VN)** war ausschließlich auf die vermeintlichen Fortschritte Mexikos gerichtet, der Staatspräsident äußerte sich dabei weder zu den Problemen im eigenen Land, noch zu den Herausforderungen und Potentialen der internationalen Gemeinschaft. Der stoische Fokus auf innenpolitische Themen (einschließlich der „Verlosung“ des Präsidentenflugzeugs), die fehlende konkrete Botschaft für die VN und das mangelnde Bewusstsein für den Ernst der aktuellen globalen Krise, sorgten für Unverständnis bei zahlreichen Beobachtern im In- und Ausland. Im Rahmen der VN-Generalversammlung tagte auch die **CELAC**, präsiert derzeit von Mexiko. Thema war hier insbesondere die Impfung von AstraZeneca, an der die Fundación Slim und die Regierungen von Argentinien und Mexiko beteiligt sind.

### Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Hans-Hartwig Blomeier  
Leiter Auslandsbüro Mexiko  
Europäische und Internationale Zusammenarbeit  
[www.kas.de/mexiko](http://www.kas.de/mexiko)   @kasmexiko  
[hans.blomeier@kas.de](mailto:hans.blomeier@kas.de)



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>)